

# Persönlich.

Die Mitte Kanton Solothurn informiert.  
Ausgabe 2022 | 2

## Kein Kahlschlag bei den Steuern!

Sozialhilfe-Initiative  
zielt ins Leere

Umstrittenes Filmgesetz

Ohne Frontex droht  
Chaos an den Grenzen



**Die Mitte**  
Kanton Solothurn



# Hoherfreuliche Wahlresultate

Die Wahlresultate unserer Partei bei den kommunalen Wahlen im Kanton Zürich und den kantonalen Wahlen in Obwalden, Nidwalden und Bern sind hoherfreulich. Ein unmissverständliches Indiz dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind und sich auch der neue Name etabliert hat. Immer mehr Wählerinnen und Wähler erkennen die Vorteile einer lösungsorientierten Mitte – einer bürgerlichen Politik mit sozialer Verantwortung. Wir als Kantonalpartei, aber auch unsere Amtei- und Ortsparteien, arbeiten dauerhaft daran, unsere Partei weiter vorwärtszubringen. An dieser Stelle danke ich allen engagierten Persönlichkeiten auf allen Stufen für ihren unermüdlichen Einsatz zu Gunsten unserer Partei.

Nachdem die Massnahmen rund um das Corona-Virus gelockert wurden und wir zur Normalität zurückkehren konnten, überschattet der Konflikt in Osteuropa alles. Das Udenkbare ist plötzlich eingetroffen: Krieg in Europa! Die Mitte Schweiz hat umgehend einen Appell an den Bundesrat gerichtet und diesen aufgefordert, zusammen mit der Europäischen Gemeinschaft zu handeln. Hoffen wir, dass sich die Situation entspannt und ein friedliches Zusammenleben wieder möglich sein wird.

Viele interessante Abstimmungen liegen hinter uns und weitere interessante Abstimmungen stehen bevor. Die eidgenössischen und kantonalen Abstimmungsvorlagen vom 15. Mai 2022 werden Ihnen in diesem «Persönlich» vorgestellt. Im Zentrum stehen jedoch die kantonalen Vorlagen. Kantonsrat Fabian Gloor erläutert die verheerenden Auswirkungen, welche eine Annahme der Initiative «Jetz si mir draa» hätten und stellt den Gegenvorschlag vor, welcher von Regierungs- und Kantonsrat erarbeitet wurde und der Initiative entgegengestellt wird.

Ich wünsche Ihnen viel Spass beim Lesen!

Patrick Friker  
Präsident  
Die Mitte Kanton Solothurn



# Sozialhilfe-Initiative zielt ins Leere



**Die Gesetzesinitiative mit dem Titel «Weniger Sozialhilfe für Scheinflüchtlinge» wurde am 26. Mai 2021 mit 3245 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Sie verlangt, dass die Sozialhilfeleistungen an asyl- und schutzsuchende Personen ohne Aufenthaltsbewilligung sowie an vorläufig aufgenommene Personen im Vergleich zu den heutigen Leistungen erheblich zu reduzieren sind.**

Das Initiativkomitee begründet sein Begehren damit, dass die Sozialhilfekosten im Kanton Solothurn besonders im Asylbereich aus dem Ruder laufen würden, weil unter anderem diese Gruppe zu hohe Sozialhilfeleistungen erhält.

Das Asylverfahren ist eine Verbundaufgabe zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Im Kanton Solothurn ist das Asyl-

wesen in einem 2-Phasen-Modell organisiert. Der Kanton nimmt die vom Bund zugewiesenen asyl- und schutzsuchenden Personen in einem Durchgangszentrum auf. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer für Personen mit einer Bleibeperspektive beträgt drei bis vier Monate. Im Anschluss erfolgt ein Transfer in die kommunalen Strukturen zu den Gemeinden.

Personen mit einem rechtskräftigen Negativentscheid verbleiben in der Regel bis zu ihrer Rückführung in den regionalen Asylzentren.

## Es entstehen kaum Kosten

Der Initiative liegt das Bedürfnis zugrunde, steigenden Ausgaben im Sozialbereich entgegenzuwirken. Die im Asylbereich ausgerichteten Nothilfe-, Global- wie auch Integrationspauschalen sind Bundessubventionen. Im Kanton Solothurn werden die Beiträge zweckgebunden eingesetzt und führen während der Dauer der Ausrichtung zu einer Kostendeckung der Ausgaben im Asylbereich. Für die Gemeinden entstehen in den ersten sieben Jahren kaum Kosten. Die-

se Tatsache widerspricht der Begründung des Initiativkomitees, dass im Kanton Solothurn die Kosten der Sozialhilfe besonders im Asylbereich «aus dem Ruder» laufen.

**Fakt ist:** Vorläufig aufgenommene Personen erhalten bereits heute um 20 Prozent reduzierte Unterstützungsansätze. Diese betragen für einen Ein-Personen-Haushalt CHF 768.– und für einen Vier-Personen-Haushalt CHF 410.75 pro Person und Monat. Abgewiesene Asylsuchende erhalten nur Nothilfe.

**Wichtig ist:** Eine Reduktion der Asylsozialhilfe würde dem gesetzlich anerkannten Ziel einer ganzheitlichen und nachhaltigen Integration und somit dem Anschluss an die Gesellschaft entgegenwirken. Die Asylsozialhilfe ist eine zentrale Basis, damit eine wirtschaftliche Integration und somit eine Senkung der Sozialhilfeleistungen überhaupt gelingen kann.

Der Kantonsrat (Mitte-Fraktion geschlossen) hat die vorliegende Gesetzesinitiative in der Januarsession mit 74 Neinstimmen abgelehnt.



Thomas Studer  
Kantonsrat,  
Selzach

# Kein Kahlschlag bei den Steuern!



## In aller Kürze

### Initiative

- Tarifierung für alle (auch hohe Einkommen)
- Keine Anpassung beim Kinderabzug
- Verlust der kantonalen Autonomie
- Ausfälle von jährlich gegen 300 Mio. Franken (Kanton und Gemeinden)
- Kahlschlag

### Gegenvorschlag

- Gezielte Tarifierung bei tiefen und mittleren Einkommen (u.a. Rentner, Familien)
- Kinderabzug auf 9000 Franken (bisher 6000 Franken)
- Pendlerabzug bei 7000 Franken
- Ausfälle von jährlich etwa 58 Mio. Franken (Kanton und Gemeinden)
- Herausfordernd, aber verkraftbar

**Im Zusammenhang mit der STAF-Vorlage hat unsere Partei festgehalten, dass nach den juristischen Personen auch für die Bevölkerung spürbare Steuerentlastungen bei den tiefen und mittleren Einkommen folgen sollen. Von Anfang an war für uns klar, dass diese Entlastung für die Finanzen des Kantons und der Gemeinden verkraftbar sein muss.**

Die kommende Abstimmung mit der Initiative «Jetz si mir draa» und dem Gegenvorschlag steht nun im Raum. Die fixe steuerliche Entlastung auf den schweizerischen Durchschnitt der Initiative bewirkt nahezu 300 Mio. Franken Ausfälle, die mit einem regelrechten Kahlschlag und entsprechenden Leistungskürzungen aufgefangen werden müssten: Schullektionen müssten reduziert werden, Vereine könnten nicht mehr unterstützt werden, KITA würden eingehen, der Bus kommt nie mehr und die Infrastrukturen würden verlottern. Leistungen des Staates kosten nicht einfach nur, sondern bewirken bei vielen Menschen auch einen grossen Nutzen. Dieser Nutzen fällt ersatzlos dahin und würde insbesondere die unteren und mittleren Einkommen am stärksten treffen.

### Initiative: Fesseln für Kanton und Gemeinden

Der Mitte Kanton Solothurn ist es ein Anliegen, dass sich unser Kanton strukturell nachhaltig entwickelt. Eine rein steuerliche Betrachtung ist dafür

nicht zielführend und wird der Realität nicht gerecht. Kommt hinzu, dass sich der Kanton Solothurn bereits heute beim frei verfügbaren Einkommen im vorderen Mittelfeld befindet. Aktuelle Studien der beiden Grossbanken zur Standortqualität sehen den Kanton Solothurn ebenfalls im Mittelfeld. Wir tun also gut daran, unseren Kanton nicht stets schlecht zu reden, sondern die vorhandenen Vorteile zu betonen und zu nutzen. Ein derart einschneidender Leistungsabbau, wie ihn die Initiative nötig macht, dürfte unter dem Strich die Verbesserung bei der Steuerbelastung deutlich mehr als auffressen. Das Gegenteil wird der Fall sein: die Initiative erschwert sogar ein von uns angestrebtes strukturelles Wachstum und damit einen attraktiveren Kanton Solothurn. Die Initiative ist zudem auch systematisch ungeeignet und falsch. Mit der starren Bindung an einen fiktiven schweizerischen Durchschnitt wird der Handlungsspielraum für den Kanton und die Gemein-



**Fabian Gloor**  
Kantsratsrat  
Gemeindepäsident,  
Oensingen

den fast komplett eingeschränkt. Dementsprechend würde eine langfristige Finanzplanung unmöglich. Ausserdem geht die Initiative nicht auf die kantonalen Unterschiede bei der Bemessungsgrundlage der Steuern ein (Abzüge usw.). Es gibt somit nur einen vernünftigen Schluss: Ein überzeugtes Nein zu dieser Kahlschlag-Initiative.

### Gegenvorschlag: Fundierte und austarierte Tarifstrukturen

Spürbare, aber verkraftbare Entlastungen zu erreichen ist seit Langem ein Ziel der Mitte Kanton Solothurn. Diese Chance liegt mit dem Gegenvorschlag auf dem Tisch. Die neuen Tarifstrukturen sind fundiert und austariert abgestimmt worden. Die unteren und mittleren Einkommen profitieren am stärksten, aber auch bis in den Mittelstand ergibt sich eine gewisse Entlastung. Besonders hervorzuheben ist dabei die deutliche Erhöhung des Kinderabzugs (von 6000 auf 9000 Franken), welcher auch dank der Mitte Kanton Solothurn aufgenommen werden konnte. Die höheren Abzüge für Kinderdrittbetreuung haben das Potenzial, einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu leisten. Schliesslich wird der Pendlerabzug begrenzt, was der Bund und die meisten anderen Kantone bereits lange kennen. Mit 7000 Franken liegt der Abzug immer noch am oberen Ende des Spektrums und bringt durchaus erwünschte Wirkungen im Sinne einer nachhalti-

gen Umwelt- und Klimapolitik. Dabei ist wichtig zu wissen, dass nur rund sieben Prozent der Personen im Kanton Solothurn mehr als 7000 Franken geltend machen.

All diese Argumente sprechen für den Gegenvorschlag. Selbstverständlich sind aber bereits diese Ausfälle von etwa 58 Mio. Franken für Kanton und Gemeinden teilweise schwer zu tragen. Insbesondere die Gemeinden machen sich Sorgen, auch wenn kommende Finanzflüsse (Sonderpädagogik, Finanzausgleich, Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung usw.) einen indirekten Ausgleich bewirken werden.

Die Mitte-Fraktion hat sich im Kantonsrat einstimmig gegen die Initiative und für den Gegenvorschlag ausgesprochen und den Gegenvorschlag in der Stichfrage einstimmig bevorzugt.

## Verfassungsänderung «Öffentliche Schulen» unbestritten

Mit dieser Verfassungsänderung wird dem Kanton die Befugnis eingeräumt, weitere kantonale Angebote auf der Volksschulstufe zu führen und die Einzelheiten im Gesetz zu regeln. Die Vorlage war im Kantonsrat unbestritten.

# Mehr Investitionen in den Schweizer Film oder neue Filmsteuer?

**Der Schweizer Film ist gut und er prägt unser Land – und er ist wohl kaum irgendwo so präsent wie in der Filmtage-Stadt Solothurn. Doch das Schweizer Filmschaffen kann nicht aus eigener Kraft bestehen. Der Schweizer Filmmarkt, der zudem noch sprachregional aufgesplittert ist, ist viel zu klein dafür.**



**Stefan Müller-Altermatt**  
Nationalrat,  
Herbetwil

Deshalb leisten neben der Filmförderung durch die öffentliche Hand auch die Schweizer Fernsehsender einen Beitrag an das Filmschaffen: Private Fernsehsender müssen vier Prozent ihres Umsatzes in das hiesige Filmschaffen investieren.

## Ungleichbehandlung von TV und Streaming

Filme werden heute aber immer öfter gar nicht über Fernsehsender, sondern über digitale Streamingdienste konsumiert. Das bringt nicht nur eine Ungleichbehandlung mit sich, sondern führt auch zu einem grossen Problem für das Schweizer Filmschaffen: Für Filme aus einem kleinen, mehrsprachigen

Land wie der Schweiz ist es schwierig, Zugang zum internationalen Markt zu finden und auf internationalen Streamingplattformen präsent zu sein. Diese beiden Tatsachen haben Bundesrat und Parlament dazu bewogen, das Filmgesetz zu revidieren und dem europäischen Ausland anzugleichen. Wie in vielen anderen europäischen Ländern sollen auch die Streamingdienste in das lokale Filmschaffen investieren müssen, und zwar die gleichen vier Prozent des Umsatzes, welche auch

die Fernsehsender entrichten müssen.

Eine weitere Ungleichbehandlung gibt es bei der Angebotsgestaltung: Während Fernsehsender mindestens zur Hälfte europäische und somit auch schweizerische Produktionen zeigen müssen, haben die Streaminganbieter keine solche Verpflichtung. Das soll nun geändert werden: Streaminganbieter sollen mindestens 30 Prozent europäische Produktionen zeigen müssen. Damit soll verhindert werden, dass das Angebot zu einseitig wird.

Für die Referendumsführer gegen die «Lex Netflix», angeführt von den bürgerlichen Jungparteien, ist das Gesetz konsumentenfeindlich, ungerecht und bevormundend. Sie sind sich sicher, dass die Fokussierung auf europäische Filme die Vielfalt nicht steigert, sondern schmälert. Die Abgabe ist in ihren Augen eine viel zu hohe neue Filmsteuer, welche einseitig über die Abos bezahlt werden muss und bei der bereits gut alimentierten Filmindustrie landet.

## Mehr Organe dank der Widerspruchslösung

Liegen zum Todeszeitpunkt keine Äusserungen des oder der Verstorbenen zur Organspende vor, ist heute keine Organentnahme

möglich. Neu soll davon ausgegangen werden, dass er oder sie der Spende zugestimmt hat, wobei die Angehörigen ihr Veto einlegen

können. Die Vorlage kommt am 15. Mai zur Referendumsabstimmung. Der Vorstand hat Stimmfreigabe beschlossen.



## Kolumne Gelebte Solidarität

Die junge Generation von Menschen in der Schweiz muss gerade viel erleben. Zuerst eine weltweite Pandemie, die mittlerweile zwar in den Hintergrund unseres Alltags gerückt ist. Doch von Normalität ist weiterhin keine Spur zu sehen. Seit Mitte Februar werden wir Zeugen eines Kriegs, keine 2000 Kilometer von unserem sicheren Heim entfernt. Eines unserer Mitglieder ist besonders stark vom Krieg betroffen: Vladlena Denysova. Die gebürtige Ukrainerin stiess 2017 zur jungen CVP und kam kurz darauf in den Vorstand. Durch ihr Engagement und ihre offene Art ist sie in der Solothurner Mitte bestens bekannt. Zu gerne hätte ich Vladlena diese Kolumne überlassen – doch sie hat Wichtigeres zu tun. Ihre Heimatstadt Sjewjerdonezk liegt in der Oblast Luhanks, ihre Angehörigen sind grösstenteils noch vor Ort. Mit ihrem Vater hat sie spärlichen Kontakt, er wurde unterdessen zum Wehrdienst eingezogen – für mich schlicht unvorstellbar. Schwer beeindruckt war ich deshalb, als mir Vladlena am Telefon von ihren Taten hier erzählte: Sie besucht beinahe täglich Unterkünfte von Kriegsgeflüchteten, um sie mit ihren Sprachkenntnissen zu unterstützen. Zudem hat sie bereits drei Lastwagen mit Hilfsgütern privat organisiert und an die polnisch-ukrainische Grenze geschickt. Durch solche Taten erhält das Wort «Solidarität» im Untertitel unseres neuen Namens erst eine Bedeutung.

### Robin Schmid

Präsident Die Junge Mitte Kanton Solothurn, Subingen



### Vladlena Denysova

freut sich über jede Unterstützung.

Besonders gefragt sind Geldspenden für die logistischen Herausforderungen und Hygieneartikel aller Art.  
vladlena-denysova@bluewin.ch / T +41 79 828 71 58

## Agenda



Die tagesaktuelle Agenda findet man unter [so.die-mitte.ch/events](https://so.die-mitte.ch/events)

## Adressen

### Präsident Die Mitte Solothurn

Patrick Friker, Innere Kanalstrasse 12A  
5013 Niedergösgen, Telefon 079 481 28 26  
praesidium@so.die-mitte.ch

### Sekretariat Die Mitte Kanton Solothurn

Fabio Jeger, 4500 Solothurn  
Telefon 076 815 41 12  
sekretariat@so.die-mitte.ch

Raiffeisenbank Wasseramt-Buchsi  
4552 Derendingen  
Konto CH81 8093 8000 0038 5846 9  
Postkonto 45-3537-6

### Die Mitte 60+ Kanton Solothurn

René Ackermann, Schulmeisterweg 6  
4710 Balsthal, Telefon 079 302 73 91  
die-mitte60+@so.die-mitte.ch

### Die Junge Mitte Kanton Solothurn

Robin Schmid, Erlenweg 15, 4553 Subingen  
schmidrob@outlook.com



### Die Mitte Kanton Solothurn im Internet

[so.die-mitte.ch](https://so.die-mitte.ch) | [info@so.die-mitte.ch](mailto:info@so.die-mitte.ch)

## Impressum

**Redaktion** Ueli Custer-Meier, Erlenweg 13, 4514 Lommiswil, in Zusammenarbeit mit dem Präsidium der Kantonalpartei und Vertretern der Jungen Mitte, der Mitte 60+, des Kantonsrates und der eidgenössischen Räte, [redaktion@so.die-mitte.ch](mailto:redaktion@so.die-mitte.ch)

**Herausgeber** Die Mitte Kanton Solothurn  
**Jahresabonnement** CHF 30.– (4 Ausgaben)

**Gestaltung und Realisation**  
Brandl & Schärer AG, Olten, [www.brandl.ch](http://www.brandl.ch)

**Druck** Druckerei Schöni, Zuchwil



# Ohne «Frontex» droht Chaos an den Grenzen

**Die Europäische Grenz- und Küstenwachagentur «Frontex» sichert die europäischen Aussen-grenzen und sorgt so für mehr Sicherheit auch in der Schweiz. Am 15. Mai 2022 stimmt das Schweizer Volk darüber ab, ob sich die Schweiz mit einem höheren Beitrag daran beteiligen soll oder nicht. Ein Nein würde für unser Land auch das Ende der Verträge von Schengen und Dublin bedeuten. Beide Abkommen haben der Schweiz enorme Vorteile gebracht und dürfen nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.**

Frontex ist bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität und illegaler Einwanderung zentral. Durch die Revision erhalten die Grenzschutzbehörden die Mittel, um ihren schwierigen Auftrag bestmöglich zu erfüllen.

Bei einem Nein zur Frontex-Weiterentwicklung droht der Schweiz der Ausschluss aus dem Schengen-/Dublin-Verbund. Dies hätte schwerwiegende Folgen vor allem für die Sicherheit, aber auch die Migration:

- Die Schweizer Polizei hätte keinen Zugriff mehr auf die Schengen-Datenbank, die der Schweiz heute bei der Bekämpfung schwerer Kriminalität, dem Terrorismus und der illegalen Migration hilft: Täglich tätigt die Schweiz 300 000 Anfragen und macht jährlich 20 000 Fahndungstreffer dank Schengen!
- Bei einem Ausschluss aus Schengen/Dublin könnten Migrantinnen und Migranten, die bereits ein Asylgesuch in Europa gestellt haben, in der Schweiz nochmals Asyl beantragen. Es ist davon auszugehen, dass die Schweiz dadurch Zehntausende von zusätzlichen Asylgesuchen

bearbeiten müsste. (Auf die Ukraine-Flüchtlinge hätte dies jedoch keinen Einfluss, da hier ein anderer Status gilt.)

- Systematische Grenzkontrollen würden wieder eingeführt. Heute überqueren täglich rund 2 200 000 Personen die Schweizer Grenze. Die Folge wären Staus in beide Richtungen.

Gegen die Frontex-Weiterentwicklung hat ein linkes Komitee das Referendum ergriffen. Es wendet sich gegen die Sicherung der europäischen Aussen-grenze mittels Frontex und möchte die illegale Migration in Kauf nehmen. Ein JA stellt den Verbleib der Schweiz im Schengen- und Dublin-Raum sicher und damit die heutige Sicherheits- und Asylpolitik.

Als Solothurner Ständerat und Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates empfehle ich Ihnen aus Überzeugung und zusammen mit Bundesrat und Parlament ein klares JA zur Frontex-Verordnung.



**Pirmin Bischof**  
Ständerat,  
Solothurn

**Die Mitte**  
Kanton Solothurn